

presse

Willkürliches Regierungshandeln zur Bedienung eigener Eitelkeiten

Anlässlich eines Medienberichtes, dass Bundesamt für Zivildienst solle umbenannt werden in "Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben" und künftig das Teilhabepaket für Kinder von Kinderzuschlagsempfängerinnen und -empfänger auszahlen und verwalten, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler:

Die Jobcenter sollen das Teilhabepaket für Kinder im SGB-II-Bezug, das Bundesamt für Zivildienst das Teilhabepaket für Kinder von Kinderzuschlagsempfängern auszahlen und verwalten. Das ist der neueste aberwitzige Versuch von Bundesministerin Schröder, den Erhalt des Bundesamtes für Zivildienst zu rechtfertigen. So will sie ihre einzig nachgeordnete Behörde retten.

Für die Behauptung ihrer eigenen Einflussspähren und die Bedienung ihrer Eitelkeiten ist Ministerin Schröder nicht gewählt worden. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen von Kindern und Familien zu vertreten und deren Probleme zu lösen. Denen allerdings erweist sie mit ihrem Egoismus einen Bärenienst. Denn für die betroffenen Familien wird Verwaltungshandeln undurchschaubarer und deutlich weniger bürgerorientiert. Künftig müssen sich viele Familien mal an das Jobcenter und dann wieder an das Bundesamt wenden, je nachdem, ob sie oberhalb oder unterhalb der Bedürftigkeitsgrenze liegen.

Der neue Vorschlag von Ministerin Schröder gehört in die lange Reihe der Absonderlichkeiten, auf die Deutschland gut hätte verzichten können.